



**Landkreis
Rotenburg**
(Wümme) | Der Landrat

Niederschrift

- öffentlicher Teil -

über die
**11. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Personal und
Organisation
am 30.10.2024**
in Rotenburg, Kreishaus, kleiner Sitzungssaal

Teilnehmer:

Mitglieder des Kreistages

Abg. Robert Abel
Abg. Ernst Behrens
Abg. Nico Burfeind
Abg. Thomas Busch
Abg. Wolfgang Harling
Abg. Stefan Klingbeil
Abg. Tobias Koch
Abg. Marco Körner
Abg. Detlef Kück
Abg. Tam Ofori-Thomas
Abg. Günter Scheunemann
Abg. Bernd Sievert
Abg. Dirk-Frederik Stelling

Vertretung für Abgeordneten Nils Bassen

Verwaltung

Landrat Marco Prietz
Frau Dr. Silke Fricke (Dez. I)
Herr Axel Bolz (Amt 20)
Frau Dr. Emese Stauke (Amt 12)
Frau Christina Schultz (Amt 15)
Herr Sebastian Roy (Personalrat)
Frau Katja Weiße (Gleichstellungsbeauftragte)
Herr Jochen Twiefel (Büro des Landrates)

Tagesordnung:

a) öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift über die 10. Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Personal und Organisation vom 28.05.2024
- 4 Bericht des Landrates über wichtige Angelegenheiten
- 5 Darstellung der strategischen Ziele für die Digitalisierung und deren Umsetzungsstand
Vorlage: 2021-26/0786
- 6 Sachstand zu aktuellen Bau- und Umzugsprojekten
Vorlage: 2021-26/0787
- 7 Einbringung des Haushaltsplans 2025
Vorlage: 2021-26/0784
- 8 Anfragen

a) öffentlicher Teil

Punkt 1 der Tagesordnung: **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit**

Vorsitzender Harling eröffnet die Sitzung um 14.30 Uhr und stellt fest, dass der Ausschuss für Finanzen, Personal und Organisation nach ordnungsgemäßer Einladung beschlussfähig ist. Er begrüßt die Abgeordneten, die Vertreter der Presse und der Verwaltung.

Der Abgeordnete Nils Bassen fehlt entschuldigt, für ihn nimmt der Abgeordnete Tam Ofori-Thomas an der Sitzung teil.

Punkt 2 der Tagesordnung: **Feststellung der Tagesordnung**

Die Tagesordnung wird einstimmig in der vorstehenden Reihenfolge festgestellt.

Punkt 3 der Tagesordnung: **Genehmigung der Niederschrift über die 10. Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Personal und Organisation vom 28.05.2024**

Beschluss:

Die Niederschrift über die 10. Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Personal und Organisation vom 28.05.2024 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	10
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	3

Punkt 4 der Tagesordnung: Bericht des Landrates über wichtige Angelegenheiten

Landrat Prietz berichtet wie folgt:

Im Zeitraum von April bis Juli 2024 sei eine Umsatzsteuer-Sonderprüfung vom Finanzamt beim Landkreis Rotenburg (Wümme) durchgeführt worden. Diese habe das Kalenderjahr 2021 sowie die Voranmeldungszeiträume Januar bis Dezember 2023 bei den Betrieben gewerblicher Art des Landkreises betroffen. Zum Zeitpunkt der Prüfung hätten fünf Betriebe gewerblicher Art vorgelegen (Schlichtungsstelle Bergschäden, Kantine Kreishaus Rotenburg, Wasserlabor, Abfallwirtschaft und Vermietung Cafeteria BBS Rotenburg durch Vertrag besonderer Art).

Die vom Landkreis getroffenen Einschätzungen zu umsatzsteuerrechtlichen Sachverhalten seien durch die Prüfung bestätigt worden.

Punkt 5 der Tagesordnung: Darstellung der strategischen Ziele für die Digitalisierung und deren Umsetzungsstand Vorlage: 2021-26/0786

Frau Dr. Stauke stellt anhand einer Power-Point-Präsentation die neun strategischen Ziele für die Digitalisierung in der Landkreisverwaltung dar und gibt Erläuterungen zu deren Inhalt und dem jeweiligen aktuellen Umsetzungsstand (*die Präsentation ist dem Protokoll als Anlage beige-fügt*).

Frau Dr. Stauke erläutert, es sei ein zentrales Dokumentenmanagementsystem (d3) eingeführt worden, mit dem alle Beschäftigten arbeiten könnten. Alle Akten/Dokumente sollten dort abgelegt werden und wenn erforderlich könnten die Dokumente in ein Langzeit-Archiv überführt werden. Es solle flächendeckend die E-Akte eingeführt werden. Dies gelte für allgemeines Schriftgut ebenso wie für die Aktenführung mit Fachverfahren. Die Integration von Fachverfahren würde im Echtbetrieb erfolgen. Zur Darstellung von medienbruchfreien Verwaltungsprozessen sei ein Prozessmanagement eingeführt worden. Bisher seien 23 Prozesse freigegeben, ca. 260 weitere seien modelliert, aber noch nicht freigegeben worden. Die Beantragung und Abrechnung von Dienstreisen würde bereits in einem digitalen Workflow erfolgen. Weitere Workflows, z. B. Onboarding, seien in Planung bzw. Vorbereitung. Im Bereich der digitalen Postbearbeitung werde Ende 2024 die Ausschreibung der Scandienstleistung für einen externen Dienstleister ausgeschrieben. Bis Mai 2026 sollten alle Ämter an das Verfahren angebunden sein. Zahlreiche Online-Dienstleistungen würden bereits auf dem Portal <https://portal.lk-row.de/> angeboten. Für die digitale Antragstellung sei zum Teil die Nutzung der BundID zur Identifizierung des Antragstellenden erforderlich. Landkreis und Gemeinden würden ihre Online-Dienstleistungen in einem gemeinsamen regionalen Serviceportal anbieten.

Für den zukünftigen Einsatz von KI in der Verwaltung würden sinnvolle Einsatzszenarien geprüft. Eine Strategie für die Nutzung solle erarbeitet werden. Auf diesem Gebiet gebe es auch einen Austausch mit anderen Landkreisen.

Vorsitzender Harling bedankt sich für den interessanten Vortrag.

Abg. Klingbeil fragt, wie z. B. ältere Menschen, die keine BundID nutzen, die online zur Verfügung stehenden Dienstleistungen beantragen könnten.

Frau Dr. Stauke antwortet, die digitale Antragstellung sei ein Zusatzangebot, für die meisten Dienstleistungen sei eine papiergebundene Antragstellung nach wie vor möglich.

Auf Nachfrage des **Abg. Sievert** erklärt **Frau Dr. Stauke**, dass nach ihrer Kenntnis eine internet-basierte Fahrzeugzulassung über das Portal des Landkreises möglich sei.

Abg. Klingbeil hat beim Scannen der Eingangspost durch einen externen Dienstleister Bedenken wegen des Datenschutzes. Er fragt, ob es sicherer wäre, dies mit eigenen Kräften zu erledigen.

Frau Dr. Stauke antwortet, die personellen Ressourcen seien knapp. Andere Landkreise würden in diesem Bereich auch mit externen Dienstleistern arbeiten. Im Hinblick auf den Datenschutz würde es konkrete Vorgaben für den beauftragten Dienstleister geben.

Abg. Klingbeil fragt, warum einige Dienstleistungen noch nicht online verfügbar seien.

Frau Dr. Stauke antwortet, die Online-Dienstleistungen würden von verschiedenen Bundesländern entwickelt. Zu deren Nutzung in Niedersachsen müssten vom Land noch einige Vereinbarungen mit anderen Bundesländern getroffen werden. Auch die kreisangehörigen Gemeinden würden auf ihren Portalen bereits zahlreiche Online-Dienstleistungen anbieten.

Punkt 6 der Tagesordnung: **Sachstand zu aktuellen Bau- und Umzugsprojekten**
Vorlage: 2021-26/0787

Frau Schultz stellt den Sachstand zu einigen großen Projekten des Amtes für Gebäudemanagement anhand einer Power-Point-Präsentation vor (*die Präsentation ist dem Protokoll als Anlage beigefügt*).

Beim Neubau des Gymnasiums und der Berufsbildenden Schule Bremervörde sei die Fertigstellung des gesamten Bauvorhabens mit Außenanlagen für Mitte des Jahres 2025 vorgesehen.

Frau Schultz lobt die gute Zusammenarbeit mit dem beauftragten Generalunternehmer bei dieser Maßnahme und weist darauf hin, dass sich die kalkulierten Baukosten während der Bauphase erhöht hätten.

Die Sanierung incl. Umbau und Teilneubau beim Ratsgymnasium Rotenburg solle mit Parkplatz und Außenanlagen bis Ende des Jahres 2026 fertiggestellt werden.

Bei der Berufsbildenden Schule in Zeven sei eine Interimsanlage errichtet worden, die Inbetriebnahme erfolgte im August dieses Jahres.

Beim Umbau des Haupteingangs und dem Schulhof der Förderschule Zeven sei die Fertigstellung Ende 2024 geplant.

Frau Schultz erläutert, dass die Baumaßnahme Teilsanierung im Kreishaus Bremervörde im laufenden Betrieb stattfinden würde. Dies sei mit Belastungen für die Beschäftigten und die Kunden verbunden. Problematisch sei hier gewesen, dass die beauftragten Firmen nicht mehr so zulässig arbeiten würden, wie in früheren Jahren. Die Fertigstellung der Maßnahme sei für Dezember 2025 geplant.

Beim Neubau des Zentraldepots und Sanierung des Kanzleigebäudes beim Bachmann Museum sei der Baubeginn im Jahr 2025 geplant.

Zur Installation von PV-Anlagen auf landkreiseigenen Gebäuden erläutert **Frau Schultz**, dass bisher bereits Anlagen mit einer Leistung von 297,18 kWp installiert seien. Weiter sei der Bau von weiteren Anlagen mit 267,00 kWp Leistung geplant.

Das Amt für Naturschutz sei im September 2024 vorübergehend aus dem Kreishaus in das Gebäude Neuer Markt 8, in die vormaligen Räumlichkeiten der Commerzbank umgezogen. In Zeven sei das Gesundheitsamt im August 2024 komplett in Räumlichkeiten im ehemalige MLK umgezogen.

Vorsitzender Harling bedankt sich für die Ausführungen.

Abg. Koch fragt, ob das Naturschutzamt nach der Fertigstellung des ehemaligen Sparkassengebäudes am Pferdemarkt auch dorthin ziehen würde.

Frau Schultz antwortet, dies werde in dem Zusammenhang zu prüfen sein.

Vorsitzender Harling bittet die Verwaltung, den Ausschuss auch weiterhin über den Fortgang der Maßnahmen zu informieren. Er spricht auch die zum Teil gestiegenen Baukosten an.

Landrat Prietz erklärt, wenn sich signifikante Erhöhungen bei den Kosten für Baumaßnahmen ergeben würden, werde die Verwaltung in den Fachausschüssen oder im Kreisausschuss wie bisher zeitnah darüber informieren.

Punkt 7 der Tagesordnung: **Einbringung des Haushaltsplans 2025**
Vorlage: 2021-26/0784

Landrat Prietz führt aus, die Finanzsituation sei dramatisch. Für den Haushalt 2024 hätten alle Landkreise im Ergebnis bereits mit roten Zahlen kalkuliert. Neu sei, dass diese negativen Ergebnisse, im Gegensatz zu den Vorjahren, auch am Jahresende Bestand haben würden. Im Jahresergebnis 2024 werde voraussichtlich ein Defizit in zweistelliger Millionenhöhe verbleiben. Ein Grund dafür sei, dass die Kosten im Sozialbereich und vor allem im Jugendhilfereich davonlaufen würden. Der Landkreis habe erstmals wieder neue Schulden machen müssen und einen Kredit in Höhe von 20 Millionen Euro aufgenommen. Ein weiterer Kredit sei im Laufe des Jahres noch nötig. Damit würde sich der Schuldenstand insgesamt fast verdreifachen. Er gehe davon aus, dass sich die Zahlen für die Haushaltsplanung 2025 in den kommenden Wochen sogar noch verschlechtern könnten.

Es bestehe ein Einnahmeproblem in Relation zum Ausgabenwachstum. Das Problem seien vor allem die Sozialausgaben. Hinzu komme die Belastung durch die Beteiligung an kommunalen Krankenhäusern. Dabei seien hohe Defizite keineswegs nur bei kleineren Krankenhäusern zu verzeichnen. Er nennt als Beispiel das städtische Klinikum Braunschweig, ein Haus mit über 1.000 Betten. Das Defizit dort würde 54 Millionen Euro betragen. Die Krankenhäuser seien strukturell unterfinanziert. Niedersachsenweit werde der von den kommunalen Trägern aufzubringende Defizitausgleich auf über 700 Millionen Euro anwachsen.

Er habe heute an einer Online-Konferenz mit dem Bundesgesundheitsminister Lauterbach zur Krankenhausfinanzierung teilgenommen. Dieser habe nochmal deutlich gemacht, dass vom Bund keine weiteren Finanzmittel für die Krankenhäuser zur Verfügung gestellt würden. Die niedersächsischen Landkreise hätten deswegen eine Resolution auf den Weg gebracht, in der das Land Niedersachsen aufgefordert werde, sich ggf. an solchen Stützungsmaßnahmen zur Abdeckung eines strukturellen Defizits zu beteiligen.

Das Land würde eine Änderung im kommunalen Finanzausgleich planen. Bisher sei die Aufteilung zwischen den Landkreisen und den Gemeinden jeweils hälftig erfolgt. Die geplante Änderung würde eine Verschiebung zugunsten der Gemeinden auf 55 % vorsehen. Außerdem solle es eine Änderung beim Flächenfaktor geben, vor der auch der Landkreis Rotenburg besonders negativ betroffen wäre. Insgesamt würde sich ein Minus von rund 4 Millionen Euro ergeben.

Bisher habe der Landkreis keine notwendigen Investitionen abgesagt, notwendiges Personal werde eingestellt und Kürzungen bei den freiwilligen Leistungen würden nicht vorgenommen. Auch die Kreisumlage solle für 2025 nicht erhöht werden, da auch die kreisangehörigen Gemeinden finanziell unter Druck stehen würden.

Dringend notwendig sei eine Konjunkturbelebung, anderenfalls würde ggf. für den Haushalt 2026 auch über eine Anhebung der Kreisumlage nachgedacht werden müssen, weil ansonsten die Genehmigung des Kreishaushalts nicht mehr gesichert sei.

Anschließend stellt **Frau Dr. Fricke** die Eckdaten zum Haushalt 2025 anhand einer Power-Point-Präsentation vor (*die Präsentation ist dem Protokoll als Anlage beigefügt*).

Auf die Nachfrage des **Vorsitzenden Harling** zum dargestellten sprunghaften Anstieg der Gesamtverschuldung von 54 Millionen auf 114 Millionen Euro von 2024 auf 2025 antwortet **Frau Dr. Fricke**, bei der Grafik sei davon ausgegangen worden, dass die jeweiligen Kreditermächtigungen in das Folgejahr übertragen und genutzt würden.

Frau Dr. Fricke weist auf die freiwilligen Leistungen des Landkreises hin, die 14,5 Millionen Euro betragen würden. Dazu würden u. a. im Bereich Rettungsdienst die über den Bedarfsplan hinausgehenden Kosten für Rettungsmittel, die Aufwendungen für die Kreismusikschule, das Bachmann Museum oder die Sportförderung gehören.

Die Personalaufwendungen würden insbesondere aufgrund von Tarifsteigerungen von 73 Millionen auf 78 Millionen Euro ansteigen. Notwendige Personaleinstellungen würden weiterhin erfolgen.

Die Haushaltslage sei angespannt und ab 2026 werde man über die Höhe der Kreisumlage nachdenken müssen. Auch die Kriege in der Ukraine und im Nahen Osten hätten Einfluss auf die Entwicklung. Trotz eines hohen Schuldenstandes seien weitere Investitionen vorgesehen.

Vorsitzender Harling bedankt sich für die Ausführungen.

Auf eine Nachfrage des **Abg. Burfeind** zum Breitbandausbau im Nordkreis antwortet **Frau Dr. Fricke**, dass die vorgesehene Reihenfolge der Ortschaften beim Breitbandausbau sich nicht verändert habe. Alle in Frage kommenden Adressen in den Ausbaubereichen würden von der EWE angeschrieben und die EWE würde hierzu noch Informationsveranstaltungen in den Gemeinden durchführen.

Landrat Prietz spricht die Finanzierung der von den Veterinärämtern der Landkreise wahrgenommenen Landesaufgaben an. Hier habe das Land über Jahre hinweg nicht finanziell nachgebessert. Der Landkreis habe deshalb dem Land gegenüber angekündigt, alle freiwilligen Leistungen des Veterinäramtes für das Land einzustellen, um so das entstandene Defizit abzubauen. Nach der Einführung des sog. Wohngeld-Plus durch den Bund habe das Land diese Aufgabe den Landkreisen übertragen. Dies verbunden mit der Zusage, den Landkreisen die hierfür notwendigen Mehraufwendungen zu erstatten. Bis heute habe der Landkreis hierfür jedoch noch keine Zahlungen vom Land erhalten.

Gleiches würde auch für die Ausführung des Bundesteilhabegesetzes gelten.

Es würde an mehreren Stellen Streit mit dem Land über die Kosten für die Aufgabenwahrnehmung geben. Dies könne so nicht weitergehen. Allerdings wäre auch mit den Erstattungen vom Land ein Haushaltsausgleich nicht zu erreichen.

Auf die Frage des **Vorsitzenden Harling** nach dem Grund der Regelung des § 6 in der Haushaltssatzung zur Anhebung des Betrages, ab dem Investitionen im Haushaltsplan einzeln dargestellt würden, antwortet **Herr Bolz**, nach dem NKomVG könne die Haushaltssatzung weitere Vorschriften zu Erträgen und Aufwendungen enthalten. Der § 6 bzw. die Anpassung der Summe für die Darstellung der einzelnen Investitionen diene der Arbeitserleichterung.

Vorsitzender Harling weist darauf hin, dass der Stellenplanentwurf noch nicht vorliegen würde und stellt den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Ausschuss für Finanzen, Personal und Organisation nimmt den Entwurf des Haushalts- und des Stellenplanes 2025 (Stand 18.10.2024) zur Kenntnis und verweist den Entwurf des Haushaltsplanes in die Fachausschüsse zur weiteren Beratung.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	13
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Punkt 8 der Tagesordnung: **Anfragen**

Es liegen keine Anfragen vor.

Vorsitzender Harling schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 16.10 Uhr. Die Vertreter der Presse verlassen den Sitzungsraum.

Vorsitzender

Landrat

Protokollführer